

Halle'sche Neue Zeitung

Die „Neue Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt durch unsere Direktoren eine halbe Mark, durch die Post 1.60 Mark, durch die Fernpost 1.80 Mark. Der Einzelverkauf beträgt 10 Pfennig. Der Abonnementpreis beträgt 3 Mark. Der Anzeigenpreis ist nach Vereinbarung. Die Redaktion befindet sich in Halle a. S., Postfach 100. Die Druckerei befindet sich in Halle a. S., Postfach 100.

Sozialdemokratie und Nationalgesinnung.

Von Professor Friedrich Benz-Giehn.
Anlässlich der Neuwahl zum Reichstag (siehe des Herrn Vorwärts-Hilfsblatt Zeitungsartikel „Die Glode“), sei hier, daß die Sozialdemokratie sich nicht national und nicht patriotisch verhält. Jenes Wort, der Sozialdemokratie kein Vaterland, das Deutschland heiße, müsse aus dem Parteiprogramm schwinden. Nur dann werde die Republik dem Volk annehmbar und lebenswert erscheinen. So die „Glode“. Ein Zeichen für die Entfremdung, welche die Verdrängung von 1918 hinterlassen haben. Aber auch ein Zeichen für eine innere Wandlung dieser Partei, der die Massen unter dem Banner der Demokratie gefolgt sind?

Gewiß, keine Partei kann im Zeichen des allgemeinen Wahlsieges darauf verzichten, die Masse der Wähler — und dies sind heute die Schichten der Arbeiter — zu umfassen. Es ist die nationale Gesinnung, welche hier gerade, wo sie den ganzen Bau der Volksgemeinschaft, Wert und Wohnraum, Wirtschaftsrecht und Wirtschaftssitte zu gestalten lehrt. Hier barren einer nationalen Partei Aufgaben, die auch im Wirtschaftlichen konstitutiver Art sind. Nimmt man das sozialdemokratische Schlagwort von den „bürgerlichen Parteien“ ab, so muß man dann gerade eine solche „bürgerliche“ — richtiger nationale — Partei in die Gefahr, tatsächlich als eine Vertreterin bürgerlicher Sonderinteressen und als geborene Feindin jener Schichten zu erscheinen, die gemäß Sprachgebrauch, Kaufkraft und Stellung im Produktionsprozess unterhalb der „bürgerlichen“ Bevölkerung liegen. Jedoch ist diese Gefahr vermeidbar. Denn gerade eine nationale Partei hält den Schlüssel auch zur Wirtschaft in ihren Händen. Falls nationale Staatswesen überhaupt denkbar sind, deren Interessenfeld auf fremden Staaten eine einseitige Nationalpolitik erfordert, dann muß es solchen Nationalpolitik möglich sein, gleichsam einem „nationalen System der politischen Beziehungen“ zu sein, was es einigt der große Volkswirt Friedrich List erachtet hat. Ob Schutzoll oder Freihandel darin herrsche, Wirtschaftsplanung oder Wirtschaftsfreiheit, erscheint dann in der Tat mehr als eine Frage nationaler Erziehung und tatsächlicher Zweckmäßigkeit.

Anderes liegt die Aufgabe, sobald wir sie vom Standpunkt einer Partei, aus stellen, die jede Wirklichkeit einer nationalen, nicht klassenmäßig verfaßten Wirtschaftspolitik vermeint. Gewiß, daß eine solche Partei die vermeintlichen Wirtschaftsinteressen ihrer Wähler mit agitatorischen Kraftgebarden zu verdecken sucht. Erfolgt wird sie nicht nur lernbar haben, als die Wirtschaftspolitik lange Zeit, so wie es die Nationalen Schicksal ihres Staates zu befehlen vermögen. Demals, als die revolutionäre Sozialdemokratie den heimtückischen Mord, Frieden, Freiheit, „Pro“ — Vertrieben, mochten ihre Anhänger daran glauben. Fünf Jahre später lernen Führer wie Gumbel einsehen, daß die Lebenshaltung unter Arbeiter, Angehörigen und Beamten nachteilig ist, wie auch die Wirtschaftspolitik. Es heißt nun, wie unter außenpolitischen Kraftgebenden 1914 nachgelassen hat. Der Wahnsinn, daß Arbeitslosigkeit einig die Siegerstaaten treffen, daß der Sieg für Sieger wie Besiegte ein gleichschicktes Geschick gebracht habe, dürfte mit der letzten Verarmungskrise hoffentlich endgültig schwinden.

Oben daran wollen ja die Sozialdemokraten den Anflug an das Nationalgefühl gewinnen. Eine Einfließen und Enttäuschungen gleichzeitig für ihre eigene Partei einzufangen. Kann ihnen dieses gelingen? Vertrauen solche nationalpolitischen Einfließen sich mit dem Wesen einer Partei, die stets die Wirtschaftspolitik der Nationalen die Rolle über den Staat, das Nationalinteresse über das Staatsinteresse erhebt?

zu erörtern, warum die Sozialdemokratie sich selbst verweigern und zerbrechen müßte, sobald sie als Verankerung des deutschen Nationalstaats auftritt, warum sie internationale, revolutionäre Klassenpartei im Geiste, von Karl Marx gelehrt ist — hier die Geschichte der Sozialdemokratie erzählen. Ein Hinweis muß anjemen, niemand wird die nationalen Kräfte verkennen wollen, welche 1914—1918 im Gefolge der Partei und der freien Gewerkschaften wirkten. Im Augenblick des Umsturzes freilich werden die „Sozialdemokraten“, die „Gewerkschaften“, von denen um Gnade und Schonen nicht nachzugeben, bis dahin oder führten sie einen oft hartnäckigen Kampf wider „unabhängigen“ Landesverräter und Kommunisten. Die „Glode“ selber, Professor Heinrich Cunow, die „Sozialistischen Monatshefte“ erstanden in dieser Front. Trotzdem ist es nicht einem Überengten „Sozialdemokraten“ damals gelungen, seine Partei gefügig dem Karl Marx, von dem Grundgedanken des Klassenkampfes und Klassenkampfes zu lösen.

Wichtigst am weitesten eine der Oesterreicher Karl Renner mit seinem Buch „Marxismus,

Frankreichs tschechischer Vasall.

Peinliche Geheimdokumente. Neue Enthüllungen.

Wer im Glashauch lebt, soll nicht mit Steinen werfen. Und wer etwas bemerkt, sehe zu, daß er nicht durch sein Dementi die Geheime zu neuen Enthüllungen reizt. So eracht es nämlich Herr Benich. Bekanntlich haben Benich sowie auch Vincard prompt die Dementiermaße in Tätigkeit gesetzt, nachdem neulich ein Berliner Blatt die französisch-tschechischen Geheimabmachungen veröffentlicht hatte, wonach die Tschechoslowakei in militärisch-politischer Beziehung als ein Vasall Frankreichs gekennzeichnet wird. Viele Dementierverläufe aus Prag und Paris hat kein Politiker so recht ernst genommen, aber es ist begreiflich, daß das Berliner Blatt, das in den Dementis Lügen gestraft werden soll, keinerlei besondere zarte Rücksicht auf Vincard und Benich zu nehmen gewillt ist. Jetzt erst recht nicht. Und so veröffentlicht es nunmehr den bisher unbekanntem tschechisch-französischen Geheimvertrag vom 26. Oktober 1918 als Gegenstück auf die Behauptung, daß niemals ein geheimes Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich bestanden habe.

Aus dem jetzt veröffentlichten Geheimvertrag von 1918, der dann durch die geheimen Abmachungen von 1921 ergänzt worden ist, geht u. a. hervor, daß die tschechischen in tschechischen Generalkonstab von französischen Offizieren ausgesuchte sachverständige tschechischen Generals Majorbauer in Prag sich nicht „von ungenügend“ hilfreich einwirkeln haben, sondern auf Grund eines Geheimvertrages, eben

des jetzt bekanntgewordenen Vertrages von 1918, organisiert worden sind. In dem Vertrage heißt es nämlich:

- a) In der Zeitung von militärischen Operationen gegen Deutschland und die Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, sowie sich aus dieser neubildenden Staaten-Gruppe;
 - b) In der gesamten Organisation der tschechisch-slowakischen Wehrmacht;
 - c) In der Ausbildung auf allen Gebieten der tschechisch-slowakischen Wehrmacht eine 60 (sechzig) Glieder, aus französischen Generalstab und Besatzungstruppen bestehende — vom Kriegsministerium der Republik Frankreich zu ernennende Militärmission. Die Aufwandskosten dieser sechs zu Zeiten des Militärübungs des tschechisch-slowakischen Generalstabes im tschechischen Generalstab, die tschechisch-slowakische Regierung verpflichtet ist, ihre gesamte Innen- und Außenpolitik auf die Durchführung dieser Friedensverträge im Einklang mit der Regierung der französischen Republik einzustellen.
- Man darf ansetzen sein, welchen Widerhall diese jüngste Veröffentlichung in Paris und London auslösen wird. Voraussetzlich wiederum Dementis. Aber es ist kaum zweifelhaft, daß diese neuen Dementis noch weniger als die neuzeitigen der Welt einen Charakter innerer Wahrheitsliebe zeigen werden.

Der Sachverständigenbericht.

Beröffentlichung Ende nächster Woche.

Paris, 21. März. Nach den Berliner Blättern wird der Sachverständigenbericht Ende nächster Woche der Reparationskommission und im Anschluß daran sofort der Öffentlichkeit übergeben werden. „Echo de Paris“ bringt eine Uebersicht und gedrängte Inhaltsangabe des Sachverständigenberichts. Danach werden in demselben ausführlich behandelt:

1. Die Schaffung einer Godntentbank, deren Kapital aus Aktien zum Teil von auswärtsen Kapitalisten, zum Teil von deutschen Kapitalisten aufgebracht werden. Der Betrag wird gegebenenfalls durch eine internationale, durch die deutschen Eisenbahnen garantierte Anleihe abgedeckt werden.
2. Die Bilanzierung des deutschen Budgets wird im Verlaufe eines zweijährigen Moratoriums durchgeführt. Während dieser Zeit wird die Bilanzierung der Zahlungen und zur Deckung der Reparationszahlungen jährlich 100 Millionen Mark gespart werden. Der jährliche Ueberschuß, den Deutschland nach seiner wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zur Bezahlung der Reparationsanforderungen muß auf drei Milliarden Goldmark beschränkt.
3. Die finanzielle Einheit des deutschen Eisenbahnnetzes wird nachdrücklich vorgefordert werden; doch wird es im vorerwähnten Direktionsbereich einseitig, um im höchsten Gebiete das Fortbestehen einer gewissen administrativen Autonomie zur Sicherung des glatten Transportes der Besatzungstruppen zu ermöglichen. Diese Autonomie dürfte sich beziehen auf die bayerischen Eisenbahnen nähern. Weiter werden die deutschen Eisenbahnen unter die Verwaltung der Markierung von ihrer Schuld befreit werden, mit einem Betrage von 15 Milliarden Goldmark zugunsten der Reparationsanforderungen. Dieser Betrag wird der Reparationskommission in Schuldverpflichtungen nach dem Wert der Reparationsanforderungen zugeteilt werden.
4. Der Industrielle, kommerzielle und landwirtschaftliche Bereich in Deutschland wird mit einer Hypothek von 10 bis 11 Milliarden Goldmark zugunsten der Reparationsanforderungen belastet.

Schandregime in der Pfalz.

20 000 angewiesene Pfälzer.

Sprey, 21. März. Die Zahl der ausgewiesenen Pfälzer, die trotz der verprochenen „wohlwollenden“ Prüfung der Rückfrage bisher immer noch keine Genehmigung zur Heimkehr erhalten haben, beträgt etwa 20 000. Nur wenige haben eine beschränkte Rückkehrerlaubnis erhalten. Andererseits sind neue Ausweisungen erfolgt. Auch von den tschechischen Exilanten gegen die Separatisten nach Abschluß des Speyerer Abkommens verhafteten Pfälzern (ungefähr 100) hat bisher noch keiner die Freiheit wiedererlangt. Da die Separatisten französische Waffenbesitzer befehlen, die als „ordnungsgemäß“ gelten, ist von einer Entwaffnung, entgegen der Erklärung des interalliierten Sonderausschusses, praktisch keine Rede. Eine Hausungung der deutschen Polizei im Bureau der separatistischen tschechischen Arbeiterpartei wurde von den Franzosen verboten. Der zweite Versuch des Sonderausschusses hat der pfälzischen Bevölkerung nur geringe Erleichterungen gebracht, und die von der Rheinlandkommission verhängte Auflösung des Ausschusses wird daher in der Pfalz nicht verstanden. Jedenfalls ist der status quo ante noch nicht wieder hergestellt.

Neue Vorschläge Macdonalds.

Paris, 21. März. Macdonald hat an Vincard ein neues Schreiben gerichtet, in dem er u. a. Vorschlag über die Wiedervereinigung Deutschlands in der Vorkriegs- und die endgültige Regelung der Reparationsfrage macht.

Zu dem neuen Schriftwechsel zwischen Macdonald und Vincard verlaute in einemigen Londoner Kreisen, Macdonald habe Vorschläge nach den nachstehenden Gesichtspunkten entworfen: Frankreich habe das Recht, eine Regelung der Frage der Sicherheit zu fordern, da es jetzt in der Luft hänge, nachdem Großbritannien und Amerika das Sicherheitsabkommen vermommen haben, das jenerzeit von Wilson unterzeichnet wurde. Ferner entwickelten Macdonald die Ansicht, die deutsche Gefahr möge für Frankreich in derselben Weise bestehen, wie die französische Gefahr für Deutschland nach 1870 bestand, und daher müsse man gegen diese Gefahr Vorkehrungen treffen. Sodann legt Macdonald Einpruch gegen Militärverträge der Vorkriegszeit ein, weil er glaube, diese erzeugen neue Kriege, und er schäufel daher vor, daß Deutschland in den Vorkriegsstand aufzunehmen werde, damit es sowohl wie Frankreich durch den Vorkriegsstand die gleiche Versicherungsgewinnung findet. Wenn dies geschehen ist, schlägt er eine britische Garantie vor, in der Großbritannien zugibt, alle seine Streitkräfte zu Lande, zur See und in der Luft gegen das Land anzumachen, das einen Konflikt provoziert, ohne den Streitfall zuerst dem Vorkriegsstand unterbreitet zu haben.

Die Strafanträge im Hitlerprozess.

Für Hitler 8, für Endenbors 2 Jahre Festung.

München, 21. März. (Eigene Drahtmeldung.) Im Hitlerprozess beantragte der Staatsanwalt für Hitler 8 Jahre Festung, für Ribbentrop, Goebbels und Dr. Weidner 6 Jahre Festung, für General Endenbors 2 Jahre Festung, für Feld und Roehm 2 Jahre Festung, für Schulze und Wagner je 1 Jahr 6 Monate Festung und für Peret 1 Jahr 3 Monate Festung.

Der Leipziger Spionageprozess.

Hauptmann d'Armont zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Leipzig, 21. März. Vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern der Spionageprozess gegen den französischen Hauptmann d'Armont. Der 40-jährige, französische Spionagerichter in Berlin, d'Armont, wurde als ein „wonderlich“, wobei zu seiner Verurteilung zu seinen Handlungen ohne Genehmigung seiner Regierung Ausführungen machen zu können. Er prokurierter weiter gegen seine Verurteilung, die angeblich durch vertriebene Polizeibeamte auf kommunistische Boden erfolgt sein soll. Der Präsident des Reichsgerichts sprach. Man habe keine Beweise.

